An die BV Mitte

Sitzung am 24.03.2022

Abrechnungssatz für Erschließungsbeiträge

**Hier: Stellungnahme zum TOP 19.1 aus der Sitzung der BV Mitte am 28.10.2021
Erschließungsbeitrag für die Anlieger*innen „An den Glockenstücken“**

Bei der Berechnung und Festsetzung der Erschließungsbeiträge nach Baugesetzbuch ist die Stadt Bielefeld an die vom Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 10.06.2010 beschlossene Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Bielefeld (Erschließungsbeitragsatzung) gebunden.

In § 4 Absatz 1 der Satzung ist der Beteiligungssatz der Stadt Bielefeld an den beitragsfähigen Kosten auf 10 % festgelegt. Davon kann allenfalls im Rahmen einer durch den Rat der Stadt Bielefeld zu erlassenden Einzelsatzung im Sinne des § 9 der Erschließungsbeitragsatzung abgewichen werden (beispielsweise mit Festsetzung des städtischen Beteiligungssatzes auf 20 %). Voraussetzung für den Erlass einer derartigen Einzelsatzung ist nach dem Wortlaut der Erschließungsbeitragsatzung, dass es entweder um die Kosten für „Anlagen zum Schutz von Baugebieten gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes“ (z.B. einen Lärmschutzwall) geht oder aber in einem Bebauungsplan festgesetzte Sondergebiete (z.B. großflächige Einzelhandelsbetriebe) betroffen sind. Beide Tatbestände sind bei der Straße An den Glockenstücken nicht erfüllt, da es sich hierbei um den Ausbau einer Straße in einem Wohngebiet handelt.

Daher kann der Beteiligungssatz für die Stadt Bielefeld bei der Beitragserhebung für die gesamte Straßenbaumaßnahme An den Glockenstücken leider nicht über den grundsätzlich vorgesehenen Anteil von 10 % hinaus erhöht werden.

Das Rechtsamt der Stadt Bielefeld hat in seiner Prüfung ebenfalls bestätigt, dass die Stadt Bielefeld selbst unter Berücksichtigung der Umstände, wie es zu dem Ausbaubeschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 31.10.2019 für die restliche, damals noch unbefestigte Teilstrecke der Straße gekommen ist, von den Anlieger*innen der Straße An den Glockenstücken Erschließungsbeiträge nach Baugesetzbuch in Höhe von insgesamt 90 % der beitragsfähigen Kosten erheben muss. Eine Reduzierung ist somit nicht zulässig.